



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, George: Die politischen Parteien in Rußland Ende Juli 1905. :  
(Fortsetzung) 3. Die bürgerlichen Fortschrittsparteien

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die politischen Parteien in Rußland Ende Juli 1905

Von George Kleinow in St. Petersburg

(Fortsetzung)

### 3. Die bürgerlichen Fortschrittsparteien



ie bürgerlichen Fortschrittsparteien haben sich abseits und unabhängig von den Sozialisten entwickelt. Es ist mir kein einziger Fall bekannt, wo sich ein Sozialist zu einem bürgerlichen Demokraten durchgemausert hätte, wogegen ich unzählige Personen vor Augen habe, die aus ruhigen Demokraten revolutionäre Sozialisten geworden sind. Die ersten Anfänge der Bürgerparteien liegen in der alten Richtung der sapadniki; in den sechziger Jahren traten sie zum erstenmal reformatorisch hervor, und seit der Einführung der Selbstverwaltung sind bei ihnen zwei bis heute dauernd getrennt marschierende Kolonnen zu berücksichtigen: die der wirklichen Intelligenz und daraus hervorgegangen und durch liberale Gutsbesitzer ergänzt die der Sjemstwo.

\* \* \*

In meinen Betrachtungen nehme ich die Sjemstwo vorweg, weil sie als politische Organisation früher auf dem heutigen Kampfplatz erschien als die Intelligenz. Die Sjemstwo, vorwiegend Repräsentanten der gebildeten und der besitzenden Landbevölkerung, sind, wenn wir von ihrem Jahrzehnte währenden, in den Kanzleien geführten Kampf gegen die Bureaukratie absehen wollen, zur offenen Opposition gegen die Regierung erst getrieben worden durch das Verhalten der Regierung seit der Thronbesteigung Nikolaus des Zweiten. Erst unter Plehwe kam es zum offenen Bruch.

Sypjagin und Plehwe begnügten sich nicht mehr damit, die Institution der Sjemstwo als solche zu bedrängen und zu bevormunden, sie konzentrierten vielmehr ihre ganze Tätigkeit darauf, einzelne ihnen unbequeme Persönlichkeiten aus den Sjemstwo zu vertreiben. Dadurch verletzten sie aber die Eitelkeit der ganzen Gesellschaft. Wie unangebracht solches Vorgehen war, ergibt sich schon ganz allein aus dem Umstande, daß die Zusammensetzung der Sjemstwo seit dem Wahlgesetz von 1890 schon so konservativ garantiert war, wie das in Rußland überhaupt nur möglich sein konnte. Die Grundlage des Gesetzes beruhte einmal in der Vorschrift, daß nur Besitzer von mindestens dreihundert Hektaren Land zu Abgeordneten gewählt werden konnten, und zweitens in der Bestimmung, daß sämtliche Adelsmarschälle des Gouvernements eo ipso auch Landschaftsvertreter sein mußten. Wenn die Regierung selbst mit einer solchen Körperschaft nicht auszukommen vermochte, so ist das meines Erachtens trotz allen Fehlern, die die Sjemstwo gemacht haben, trotz manchen

Phantastereien auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, die sie sich zuschulden haben kommen lassen, hauptsächlich ein Zeichen der Unfähigkeit der Regierungsvertreter. Es wäre aber dennoch ungerecht, wollte man die beiden genannten Minister allein für die Bedrückung der Selbstverwaltung verantwortlich machen. Diese hatte einen weit gefährlicheren, heimlichen Gegner in der Person des Finanzministers Witte. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß sich der Vorgänger Sypjagin, Goremykin, große Mühe gegeben hat, ganz Rußland mit dem Institut der Sjemstwo zu versehen. Witte paßte das nicht, aus dem einfachen Grunde, weil mit der Sjemstwo ein neuer Steuererheber als Konkurrent des Finanzministers aufgetreten wäre. Darum beschloß er kurzerhand die Sjemstwo als „staatsgefährlich“ anzuschwärzen und den Kaiser Nikolaus den Zweiten vor die Alternative zu stellen, entweder die Sjemstwo oder die Selbstherrschaft aufzugeben. Er reichte im Jahre 1899 dem Zaren eine umfangreiche Denkschrift darüber ein, die besonders lebhaften Beifall bei der Zarin-Mutter und deren Schwager, dem Großfürsten Sergej Alexandrowitsch fand, und in deren Folge nicht nur die Sjemstwo nicht allgemein eingeführt, sondern auch Goremykin in den Reichsrat berufen wurde. Nachdem von so „anerkannt liberaler“ Seite die Schädlichkeit der Sjemstwo nachgewiesen worden war, hatten Sypjagin und Plehwe leichtes Spiel, beim Zaren selbst die widersinnigsten Maßnahmen gegen die einzelnen Vertreter der Selbstverwaltung auszuwirken. Hätte sich Witte damals nicht aus engherzigen fiskalischen Gründen in die Speichen des Fortschrittswagens geworfen, dann wäre vor allen Dingen das geschehen, was heute, acht bis neun Jahre später, nachgeholt werden soll: die Agrarreform wäre nach den ausgezeichneten Vorschlägen Goremykins durchgeführt worden, und die Agrarfrage wäre keine Existenzfrage für Rußland geworden, wie sie es heute ist. Mit Rücksicht auf die Verschärfung der Agrarfrage durch die Politik Wittes scheint es mir — ohne daß ich an dieser Stelle in eine Beweisführung eintreten möchte — nicht übertrieben, wenn ich behaupte, die Ära Sypjagin-Plehwe wäre über Rußland nicht mit dieser furchtbar zerstörenden Gewalt hereingebrochen, wenn Witte nicht das Land auch wirtschaftlich ausgehöhlt und ausgepreßt und damit der Selbstverwaltung die Möglichkeit, zu wirtschaften, genommen hätte. So aber wurden die tüchtigsten Vertreter der Selbstverwaltung — Adelsmarschälle und Verwaltungspräsidenten — ihrer Ämter entsetzt, in entfernte Gouvernements, in das Ausland und nach Sibirien verbannt, sobald sie es wagten, mit den Verhältnissen unzufrieden zu sein und dieser Unzufriedenheit offenen Ausdruck zu geben. Sogar Reden, die in den Kommissionen der Gouvernements, also in vertraulicher Form gehalten worden waren, wurden Gründe zur Verfolgung. Die berüchtigten Revisionen des Ministergehilfen Sinowjew beleidigten alle, auch die politisch gleichgiltigsten Mitglieder der Sjemstwo. Die Redefreiheit, sogar in den geheimen Versammlungen, wurde vollständig unterbunden, und so blieb diesen recht eigentlich konservativen Kreisen nichts anderes übrig, als sich entweder tatenlos vom öffentlichen Leben zurückzuziehen oder aber konspirativ zu wirken. Die besten Männer entschlossen sich zu dem letzten.

Im Jahre 1902 begann in Stuttgart die von Peter Strube, einem selbstlosen Idealisten, geleitete Halbmonatsschrift *Dswoboschdenije* zu erscheinen, eine Ablagerungsstätte für allen Groll, den die russische Gesellschaft auf dem Herzen hatte — kein Parteiblatt. Im Mai desselben Jahres wurde in Moskau die Zentrale für Angelegenheiten der *Sjemstwo* geschaffen. Die Initiative gaben D. N. Schipow, sein Freund A. A. Stachowitsch, S. S. Petrunzewitsch, die Fürsten Peter und Paul D. Dolgorukow, D. S. Schachowskoj und G. E. Swow; ihnen schlossen sich bald die hervorragendsten Männer der Selbstverwaltung aus dem ganzen Reiche an, während Gelehrte wie der Philosoph Fürst S. Trubetkoj in Moskau und sein Vetter Eugen in Kijew, ein bedeutender Rechtslehrer, ferner allgemein anerkannte Größen der Journalistik wie Arsenjew (*Wjesnik Sewropy*), der Historiker Miljutow (*Rußkoje Bogatstwo*), W. M. und S. W. Gessen (*Prawo*) ihre Feder in den Dienst der *Sjemstwo* stellten. Als ausführendes Organ der Zentrale wurde das „Organisationsbureau“ mit F. A. Golowin, dem Präsidenten der Moskauer *Sjemstwowverwaltung*, und F. F. Kokoschkin, Privatdozenten für Staatsrecht, an der Spitze geschaffen. Die Wahl dieser beiden noch jungen Männer ist die allerglücklichste gewesen, die die Gesellschaft hätte treffen können. Golowin ist ein mit stoischer Ruhe und eisernen Nerven ausgerüsteter wortkarger Mann, der scheinbar gleichgültig gegen alles ist, was um ihn her vorgeht; dabei ist er klug und umsichtig und von unerschütterlicher Willensstärke. Kokoschkin ist dagegen wegen seiner Lebhaftigkeit im Verein mit gründlichem Wissen und der Fähigkeit, zu jeder Zeit und unter den schwierigsten Verhältnissen das richtige Wort zu finden, mehr der diplomatisch-repräsentative Mann. Beide sind jedoch ein harmonisches Ganze. Wer diese beiden Männer des neuen Rußlands in den verschiedenen Versammlungen beobachten durfte, den einen kurz und ruhig, mit zwei klaren Worten die bewegten Gemüter meisternd, den andern in hinreißender Beredsamkeit aus einem schier unerschöpfbaren Born des Wissens schöpfend, der schaut sich in einem Parlament um und findet wenig Würdige, die er geneigt wäre, über diese Freiheitskämpfer zu stellen. Eine nicht weniger auffallende Persönlichkeit ist auch Graf Alexander Heyden-Plow, der Leiter der meisten Sitzungen. Seinem Äußern nach scheint er ein Gelehrter oder ein Quäker zu sein — mit schneeweißem Haupthaar und Vollbart, die Oberlippe glatt rasiert. Feine, scharfgebogene Hakennase, kleine wasserblaue Augen unter buschigen, weißen Brauen. Ein idealerer Präsident für die parlamentarisch ungeschulte Gesellschaft ist schwer denkbar. Wie ein scharfes Schwert fährt sein Wort dem erhitzten Redner in den Satz, und sogar Männer wie Roditschew und Koljubakin, radikale Gegner der Selbstherrschaft und Redner, deren Worte hinbrausen wie der Bergstrom, fügen sich dem eisernen Willen des Grafen. Er bannt sie hypnotisch. Unter den Führern der *Sjemstwo* ist wohl eine der merkwürdigsten Erscheinungen Roditschew-Twer, ein Hüne von Gestalt, der mit erhobener Faust den Gegner scheinbar nicht nur mit dem Wort sondern auch mit der rohen Kraft seines Armes zerschmettern will. Einmal im Leben habe ich — ein halber Knabe noch — Bismarck sprechen hören; es war 1888, wo er eine seiner letzten großen Reden hielt. Als ich Roditschew das erstemal

in Petersburg sein Wahlprogramm entwickeln, ihn seine gedankenreichen Sätze in derselben Art hervorstoßen hörte, wie unser eiserner Kanzler es tat, da stand ich ganz unter demselben Banne, wie damals im alten Hause an der Leipziger Straße in Berlin.

Nicht minder auffallend, aber ganz anderer Art sind die Brüder Fürsten Dolgorukowy. Typen des vornehmsten russischen Adels, der niemals den Romanows gebient hat, weil er weit mehr Blut der Kuriks in seinen Adern spürt als die heutigen Romanowy. Bei diesen modernen Aristokraten tritt aber das Standesbewußtsein vor ihrem politischen Ideal — vor der Demokratie — völlig in den Hintergrund. Und wenn ich mir diese Söhne des reichen russischen Adels mit ihrem Vermögen und Landbesitz betrachte und denken muß, daß sie gemeinsam mit armen Schriftstellern, jüdischen Handwerkern und Ärzten der Demokratie dienen, während sie doch als „Herren“ die um ihren Landbesitz herumwohnende Bevölkerung erziehen und bilden könnten, dann komme ich immer wieder auf meine Ansicht zurück, daß nur Schwache aufrichtige Demokraten sein können, nur Leute, die sich aus irgendwelchen Gründen nicht befähigt fühlen, energisch in das Leben einzugreifen und darum auch nicht zu herrschen verstehen. Es ist die Erkenntnis ihrer eignen Ohnmacht, die sie zur Suche nach Bundesgenossen zwingt. Und da wir bei solchen Menschen eine stark entwickelte Neigung zur Philanthropie finden, die wohl geleitet wird von weitausschauenden, aber doch nicht an die reelle Wirklichkeit anknüpfenden Grundsätzen, so erwachsen ihnen natürlich ihre Bundesgenossen aus solchen Kreisen, die die Vorpiegelung, die goldne Zeit der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit würde eine unbedingte materielle Besserung gegen das Heute mit sich bringen, als unumstößliche Wahrheit hinnehmen. Der russische Adel als Stand ist zu schwach, sich seine Rechte zu erkämpfen und solidarisch für sie einzutreten — gegen jedermann, auch gegen die Regierung! Hierin sehe ich den Schlüssel zur Erkenntnis der Demokratie unter dem reichen russischen Adel. Praktische Erwägungen sind nur die Folge, nicht, wie unsre Apostel der Demokratie behaupten, die Ursache. Die Eigenschaften des größten Teils der gebildeten russischen Gesellschaft bestätigen meine Ansicht. Werfen wir einen Blick in die Wirtschaft eines russischen Großgrundbesitzers. Persönliche Initiative und im verständigen Sinn egoistische Wirtschaftlichkeit finden wir sehr vereinzelt. Der Egoismus findet nur seinen Ausdruck in der Furcht vor Differenzen mit der umwohnenden Bauernbevölkerung, nicht aber im zähen Festhalten am guten Recht oder in wirtschaftlicher Nugbarmachung der menschlichen und der natürlichen Arbeitskräfte. Man laviert, vermeidet Reibungen, und doch sind es diese, die dem Leben erst die notwendige Wärme geben. Die Schwachheit ist der Nährboden der Demokratie, ihre gleichmachende Tendenz beruht auf der Assoziation der Unselbständigkeit. Es leuchtet ein, daß auf einem solchen Boden auch die demokratisierende Tätigkeit der Regierung seit fünfundzwanzig Jahren nicht ohne Einwirkung hat bleiben können.

Darum passen die demokratischen Ideen auch so gut in die heutige russische Gesellschaft; darum sind die Juden, die gegen jahrhundertalte Vorurteile kämpfen

müssen, ihre hauptsächlichsten Träger. Und so sehr ich die Fürsten Dolgorukow als selbstlose, vaterlandsliebende Männer von großer Sittenreinheit und umfassender Bildung schätzen gelernt habe, in ihrem einzigen Mangel, in ihrer an Schwäche grenzenden Herzensgüte sind sie echte Söhne ihres weitherzigen russischen Volkes, ohne die Spannkraft und ohne die Rücksichtslosigkeit, deren die politischen Führer einer Nation bedürfen. Das sind nicht die starren Felsen, an denen die brandenden Wogen des Aufruhrs zerschellen müssen. Gerade das Gegenteil von ihnen ist Fürst S . . . . ., der hagere Mann mit dem gelben Gesicht, dem schwarz-braunen, wenig gepflegten Vollbart, der Geiernase und den schwarzen, leidenschaftlichen Augen, entschlossen, finster und fanatisch, der echte Typus eines Revolutionärs. Er wird vielleicht einer von denen sein, die den Mut haben, bei dem Ausbruch der Revolution in Moskau an der Spitze der Arbeiterbataillone zu stehen — die einzige Möglichkeit, das Land vor dem Furchtbarsten zu bewahren.

Es würde zu weit führen, alle diese unter den herrschenden Verhältnissen interessanten Gestalten am Auge des Lesers vorüberzuführen, ich hoffe die Gruppe der demokratischen Sjemstwo durch diese wenigen Personen genügend charakterisiert zu haben.

Nachdem die Sjemstwoorganisation einmal geschaffen worden war, sorgte Plehwe dafür, ihr Anhänger zuzuführen. Leute, die niemals daran gedacht hätten, auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse hinzuwirken, schlossen sich der Sjemstwozentrale an, um die Bürokratie zu beseitigen. Als Plehwe vor der Koppwand des Warschauer Bahnhofs zu Petersburg am 15./28. Juli 1904 einem von langer Hand vorbereiteten Mordanschlag zum Opfer fiel, hatten viele nicht eben streng kritische Beobachter der russischen Gesellschaft geglaubt, nun würde sich ein gewaltiger Sturm gegen die Bürokratie erheben, die Zeitungen, die verschiedenen Vereine und die Selbstverwaltungskörper würden über die Leute herfallen, die den Krieg gegen Japan und seinen unglücklichen Verlauf verschuldet hatten. Nichts davon geschah, man war nicht gerüstet! Die tüchtigsten Leute waren in der Verbannung. Alle Blicke richteten sich, wie in allen schweren Zeiten vorher, auf den Zaren, und in allen stand die Frage zu lesen: Wen wirst du an Plehwes Stelle setzen? So vergingen Wochen. Es wurde im geheimen gearbeitet. Die Führer der Sjemstwo und der Intelligenz besprachen die fernere Taktik. Falls ein Mann wie Kleigels Minister des Innern werden sollte, wollte man sich nicht unnötig exponieren; man wollte es stillschweigend den Terroristen überlassen, das Feld weiter vorzubereiten. Da kam die Ernennung des Fürsten Swiatopolk-Mirski, eines Soldaten und Günstlings Alexanders des Dritten. Die Kaiserin-Mutter hatte ihren ganzen Einfluß beim Zaren und bei dem kränkenden Fürsten selbst geltend gemacht, um den schwierigen Posten würdig zu besetzen. Ihr Hauptargument war das günstige Resultat der Wahl des Fürsten Dbolensky an Bobrikows Stelle in Finnland, die ebenfalls auf ihr Betreiben erfolgt war.

Fürst Swiatopolk-Mirski ist aus demselben Holze, aus dem die Dolgorukow geschnitten sind. Er trägt eine vornehme Gesinnung zur Schau, ist grandseigneur, lauter von Charakter, ohne ausgeprägtes Standes- und

nationales Bewußtsein. Statt dessen hat er einen unbezwinglichen Drang nach Kultur und den Wunsch im Herzen, alles um sich herum zufrieden zu sehen. Ein Mann also ohne ausgesprochene politische Richtung, aber auch ohne die eiserne Faust, die imstande gewesen wäre, das Steuer des Staatsschiffs in jeder Strömung festzuhalten, ein sympathischer Mensch, keine politische Persönlichkeit.

Swiatopolk-Mirski gab der Gesellschaft durch zwei Äußerungen — eine gegen den französischen Journalisten Marcel Gutin in Wilna, die andre gegen eine Abordnung der Sjemstwo ausgesprochen — das Zeichen zur freien Rede. Er sagte ungefähr, die Gesellschaft solle sich nur mit Vertrauen an die Regierung wenden, wenn sie Klagen habe, ihre Offenheit würde (wie solches unter Plehwe geschah) keinen Anlaß zur Verfolgung geben. Zugleich schärfte er seinen Beamten und den Gouverneuren ein, sich gegen die Gesellschaft entgegenkommend zu zeigen. Den ersten Widerhall fand seine „Aufforderung zum Vertrauen“ in zwei glänzenden Aufsätzen des Professors Eugen Trubekkoj-Kijew in der Wochenschrift Prawo (Nr. 39, 1904) und des Rechtsanwalts Hansmann (Hypolytow) in Petersburg in der Monatschrift Wjestnik Prawa (Heft VII, S. 212 ff.). Beide Aufsätze führten den Gedanken aus, daß es für einen Patrioten nur dann möglich sei, in Rußland auf die bestehenden Schäden hinzuweisen, wenn er ohne jeden Anhang, ohne Familie und ohne Besitz sei, von dem auch andre Menschen abhängen, weil die administrative Willkür ihn sonst materiell und gesellschaftlich vernichten würde; deshalb sei die politische Fortschrittswegung, die in jedem gesunden Volke vorhanden sein müsse, in die Hände der Terroristen geraten usw. Der Aufsatz Trubekkojs wurde seinerzeit von der Zensur angehalten, aber auf Befehl des neuen Ministers nach drei Tagen freigegeben. Nachdem diese beiden „Versuchsballons“ so günstigen Wind festgestellt hatten, begann die russische Presse frei aufzuatmen. Seit dieser Zeit nehmen Prawo und Rußkija Wjedomosti (Moskau) die bedeutendste Stelle in der Presse ein, jene als Zentralorgan der breiten demokratischen Gesellschaft, diese als Blatt der moskowitzischen Intelligenz und der Sjemstwo. Der neue Minister des Innern ließ es jedoch nicht bei Worten bewenden. Auf seinen Befehl durften Tausende von Verbannten in die Heimat zurückkehren, und drei ausgesprochene demokratisch-konstitutionelle Blätter, Mascha Schisnj, Maschi Dni und Syn Dtetschestwa konnten ins Leben treten.\*) Diese Maßregeln haben die fortschrittliche Bewegung so sehr gestärkt, daß sich ihre Anhänger nunmehr offen zu dieser und jener Parteirichtung bekennen konnten. Das ist wohl das einzige Verdienst des politisch unpraktischen Mannes, aber es ist so gewaltig, daß auch die Gefahr, in die er Rußland durch seine Schwäche geführt hat, seinen Ruhm in der russischen Geschichte nicht zu schmälern vermag.

Die erste politische Gruppe, die an die Öffentlichkeit trat, war, wie schon bemerkt worden ist, die schon skizzierte Sjemstwoorganisation in ihren Sitzungen

\*) Die Auflage der demokratischen Blätter beträgt: Rußkija Wjedomosti gegen 80 000, Mascha Schisnj 50 000, Syn Dtetschestwa 50 000, Prawo 15 000, Rußj 70 000, aller andern 125 bis 130 Blätter über eine Million; zusammen haben sie etwa 1 250 000 Abnehmer.

vom 6. bis 9. November 1904 (a. St.). Aus zweiunddreißig von vierunddreißig Gouvernements kamen hundertundvier Männer ohne jedes Mandat in Petersburg zusammen, um ihr politisches Glaubensbekenntnis abzulegen. Es geschah das in der Form von elf Thesen, die ähnlich wie seinerzeit les droits de l'homme in Frankreich der russischen Gesellschaft fernerhin zur Richtschnur dienen sollten.

Sämtliche Mitglieder der Versammlung einigten sich dahin, daß Rußland nur dann gesund werden könne, wenn als Grundprinzipien des Staatslebens die demokratischen Lehrsätze der großen Revolution anerkannt würden: gleiches Recht für alle, Glaubensfreiheit, Freiheit des gesprochenen und des geschriebenen Worts, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Dementsprechend sollten die Wahlen für die notwendig gewordene Volksvertretung nach einem Wahlgesetz vorgenommen werden, das garantiert: gleiche, direkte und geheime Wahlen. Die Meinungen der Mitglieder der Versammlung gingen erst prinzipiell auseinander bei der Frage, ob Rußland eine konstitutionelle Regierungsform haben müsse oder seine autokratische behalten könne. Es kam das zum Ausdruck in der verschiedenen Abfassung der These 10, die bei den Konstitutionalisten so lautet:

„Für die Herstellung und die Sicherung eines immer lebendigen und engen Zusammenwirkens und der Einheitlichkeit der Staatsgewalt mit der Gesellschaft auf der angegebenen Grundlage und zur Sicherstellung einer geordneten Entwicklung des staatlichen und des gesellschaftlichen Lebens ist aber die regelrechte Beteiligung einer Volksvertretung in Form einer besonders gewählten gesetzgebenden, mit der Aufstellung des Staatsbudgets und mit der Kontrolle der Administration zu betrauenden Körperschaft unbedingt notwendig.“

Diese These wurde von einundsiebzig Stimmen votiert. Gegen sie trat D. N. Schipow und S. S. Stachowitsch mit fünfundzwanzig Anhängern auf, die folgende These votierten:

„Für die Herstellung und die Sicherung eines immer lebendigen und engen Zusammenwirkens und der Einheitlichkeit der Staatsgewalt mit der Gesellschaft auf der angegebenen Grundlage und zur Sicherstellung einer geordneten Entwicklung des staatlichen und des gesellschaftlichen Lebens ist aber die regelrechte Beteiligung einer Volksvertretung in Form einer besonders gewählten Körperschaft (Instituts) an der Beratung der Gesetze unbedingt notwendig.“

Der Hauptunterschied zwischen den beiden Gruppen liegt in der Forderung einer gesetzgebenden Körperschaft bei der Mehrheit und einer solchen mit beratender Stimme bei der Minderheit. Zu einem offenen Bruch kam es jedoch nicht. Denn beide Gruppen wollten bis zu dem Augenblick gemeinsam arbeiten, wo die Bureaucratie — „die Schranke zwischen Zar und Volk“ — beseitigt sein würde. Aber schon in den ersten Tagen des März 1905, d. h. nach der Schaffung der Kommission Buljigin, erfolgte der Bruch, den jeder aufrichtige Freund des russischen Volks auf das tiefste beklagen muß. Die Gründe dafür sind mannigfaltig; sie sind zugleich die Geschichte der Entwicklung der konsti-

tutionellen und des Entstehens der antikonstitutionellen Parteien vom November 1904 bis auf den heutigen Tag und gewähren uns einen tiefen Einblick in die Mächenschaften der Bureaucratie, die alles daransetzte, die Kraft der Konstitutionellen zu zersplittern.

\* \* \*

Die Thesen der Sjemstwomehrheit waren gemeinsam mit dem von derselben Gruppe ausgearbeiteten demokratischen Wahlgesetzentwurf vom November ab das Hauptthema in allen privaten Zusammenkünften der Rechtsanwälte, Ärzte, Professoren, Lehrer, Schriftsteller usw., in den Sjemstwowersammlungen und den Sitzungen der Stadtverordneten. Die Intelligenz fügte noch einige Erweiterungen ein, die den Sonderwünschen der arbeitenden Klassen Rechnung trugen. So ist von verschiedenen Gruppen die von Dr. Herzenstein befürwortete Agrarreform,<sup>\*)</sup> die auf Verringerung des Großgrundbesitzes zugunsten des bäuerlichen Besitzes hinstrebt, angenommen. Die Sozialdemokraten sorgten für Annahme der Forderung, Ausstände organisieren zu dürfen, und die Frauenrechtler führten das Prinzip der Gleichstellung der Frau mit dem Mann ein. Es sei hier gleich hervorgehoben, daß die Sjemstwogruppe gegen die Gleichstellung der Frau ist. In allen Städten des weiten Reichs fanden aus tausend vorgeschobnen Gründen Bankette statt, bei denen man das Essen und das Trinken vergaß und die verschiedenen Auslegungen der Thesen hörte. Alle an die Regierung gerichteten Adressen atmeten den Geist jener Thesen. Die Prozesse von Homel und Rischinjoff, bei denen sich die Staatsanwaltschaft auf die Instruktion des Justizministers Murawjoff hin manches seltsame Stück erlaubte, boten Anlaß zu einer energischen Propaganda gegen die herrschenden Zustände im Rechtswesen, und die Feiern des vierzigsten Jahrestages der Gerichtsreform erlaubten den interessierten Kreisen den augenfälligen Beweis zu liefern, was die Bureaucratie aus dem liberalen Gerichtsstatut von 1864 gemacht hatte. Eine ganz besondere Rührigkeit entwickelte die demokratische Gruppe der „Oswobohdjence.“ Es ist das eine revolutionäre Gruppe, wenngleich sie sich selbst eine propagandistische nennt; sie suchte mit Hilfe der Massen, wie sie es nannte, „mit friedlichen Mitteln moralisch auf die Regierung zu wirken.“ Das Resultat ihrer Wirksamkeit ist die Revolution. Sie veranstaltete Trauerfeierlichkeiten in Kirchen und auf Kirchhöfen, an deren Anschluß politische, meist belehrende, häufig aufreizende Reden gehalten und die demokratischen Glaubenssätze in Tausenden von Exemplaren verteilt wurden, sie organisierte die Straßenputsche der Studenten in Petersburg und in Moskau und suchte daran möglichst viel der Politik fernstehendes Publikum zu beteiligen; sie hat auch die Arbeiter unter Gapon zu dem „friedlichen,“ von so entsetzlichen Folgen begleiteten Bittgang am 9./22. Januar 1905 veranlaßt. In der mir bisher zugänglich gewordenen umfangreichen Handschriften-

<sup>\*)</sup> Die Sjemstwo von Samara votierte eine Eingabe an den Ministerrat, in der die Übergabe der Staatsländereien an die Provinzialselbstverwaltung zur Verteilung an die Bauern gefordert wird; sollte dieses Land nicht ausreichen, dann sollen die Sjemstwo das Recht haben, im Enteignungsverfahren Land von den Großgrundbesitzern zu nehmen.

literatur über jene Vorkommnisse wird es ängstlich vermieden, den Gedanken einer Verbindung Gapon's mit der Intelligenz auszusprechen. Man bemüht sich vielmehr, die Bewegung der Arbeiter als eine ganz selbständige Erscheinung hinzustellen, um die indifferenten Arbeiter nicht gegen die Intelligenz aufzubringen. Der Nachweis für meine Behauptung ist aber schon heute zu erbringen. (Soeben geht mir eine vom Bureau der Petersburger Rechtsanwälte verfaßte, von der Polizei konfiszierte Schrift zu, die eine genaue Schilderung der Vorgänge selbst, nicht ihrer Vorgeschichte gibt.) Bei den Banketten waren es immer die „Dswobohdjence,“ die die Forderung stellten, die Türen sollten für das Publikum geöffnet bleiben, und so kam es, daß viele Veranstaltungen dieser Art unter dem Einfluß halbwüchsiger Burschen, Gymnasiasten, Studenten und Backfische standen, die dafür sorgten, daß der nüchterne Beobachter glauben mußte, in ein Tollhaus geraten zu sein.

Entgegen der Meinung der radikalen Vertreter der Demokratie bin ich der Ansicht, daß die „Dswobohdjence“ die Hauptschuld dafür trifft, daß Swiatopolk-Mirski heute nicht mehr im Amt ist. Das Treiben dieser Leute hatte ein so gefährliches Aussehen, die Auftritte, die sich bei den „Banketten“ abspielten, waren so wüst, daß die Polizei, die die in späterer Stunde gehaltenen Reden nicht mehr hörte, sehr wohl zu dem Glauben kommen konnte, es bereite sich innerhalb der Intelligenz der Bürgerkrieg vor. Die gemäßigtsten Männer des Fortschritts, die wohl gegen das Treiben bei den Sitzungen selbst protestierten, wagten es zudem nicht, auch in der fortschrittlichen Presse scharfe Kritik zu üben, weil sie sich fürchteten, der großen Sache zu schaden, wenn sie eine Uneinigkeit in der Taktik gewahr werden ließen. Ich will und kann die Regierung nicht in Schutz nehmen, daß sie sich durch den Lärm, hinter dem anfänglich keine ernste Gefahr drohte, verblüffen ließ und zu unangebrachten Repressivmaßregeln griff; aber mit mir wird sie jeder nüchtern Urteilende verstehn. Ihr Verhalten wurde erst zum Verbrechen, als sie es veräumte, die Führer der Arbeiter am 2./15. Januar zu verhaften. Sie kannte sie alle!

(Schluß folgt)



## Biologen über die Ehe



Wenn uns die Biologen zu beweisen suchen, daß nur ihre Wissenschaft die Regeln für eine vernünftige Politik und Sozialwissenschaft zu liefern vermöge, so schütteln wir zweifelnd den Kopf; aber den Quell des Menschenlebens vernünftig zu behandeln, dazu dürfte die Wissenschaft vom organischen Leben wohl einiges beitragen können. Geistliche, Behörden und ethisch gerichtete Patrioten werden sich freuen, zu vernehmen, daß die neueren Biologen in Beziehung auf das Geschlechtsleben nicht etwa, wie wegen ihrer vorherrschenden Beschäftigung mit der Tierwelt mancher befürchtet haben mag, zum Evangelium der freien Liebe